

Fördern, statt verbieten – Menschen mitnehmen, statt zu gängeln Unsere Energie- und Mobilitätspolitik

Das Klima unseres Planeten verändert sich dramatisch. Naturkatastrophen wie langanhaltende Dürren, Überschwemmungen, Gewitterstürme häufen sich in großer Zahl. Ein großes Problem stellt auch das exorbitante Wachstum der Weltbevölkerung dar mit der Überschreitung der Einkommens-Schwelle der bevölkerungsreichsten Länder zu mehr Energieverbrauch.

Die FREIEN WÄHLER wollen den Klima- und Umweltschutz in den kommenden Jahren vorantreiben, damit wir möglichst bald in unserem Land CO₂-Neutralität erreichen. Der gesellschaftliche Wandel, die Vorstellungen der Menschen treiben die Klimapolitik voran. Weite Teile der Industrie investieren in die Entwicklung klima- und umweltschonender Produktionsweisen und Produkte.

Wir setzen auf Innovation, auf einen breiten Konsens in der Bevölkerung und wehren uns vehement gegen Ansätze, Umweltpolitik gegen den Willen der Bevölkerung und durch Gängelei der Bürger oberlehrerhaft durchzusetzen. Die Legitimation politischer Führung in einem demokratischen Staatswesen darf sich nicht auf eine Verbotskultur stützen. Wir FREIEN WÄHLER glauben an die Kraft und Beständigkeit der liberalen bürgerlichen Demokratie.

Plakative Forderungen nach einem Verbot von Inlandsflügen, das Schlechtreden des Eigenheims in und außerhalb der Städte, massive Preiserhöhungen bei den Strom-, Sprit- und Ölpreisen, die in der Hauptsache von Mietern, Pendlern und der Landbevölkerung zu tragen sind, sind nicht die Ansätze der FREIEN WÄHLER. Allerdings muss sich unsere Gesellschaft der klimatischen Entwicklung anpassen und sich auf den Klimaschutz einstellen. Auch ist es nicht angebracht, auf ältere Generationen herablassend zu schauen und ihnen Vorwürfe zu machen. Es gilt anzuerkennen, dass in den letzten Jahren zwar viel getan wurde, aber eben noch nicht genug. So fiel zwar der Ausstoß von Stickoxiden „PKW gesamt“ zwischen 1990 und 2016 von 856 kT auf 250 kT, also auf weniger als ein Drittel – und das obwohl es im gleichen Zeitraum 50% mehr Autos gegeben hat, aber es muss mehr getan werden (Quelle: Umweltbundesamt NFR Code: 1A3bi bzw Kraftfahrtbundesamt). Dabei hat es damals noch keine Euro-6 Motoren gegeben.

Soziale Gerechtigkeit setzt auch voraus, dass das zukünftige gesellschaftliche Zusammenleben sicherstellt, dass Chancen und Freiheiten gleich verteilt sind und nicht nur wohlhabenden Bevölkerungsgruppen vorbehalten werden.

Das Auto hat eine Zukunft

Mit der E7-Richtlinie geht die EU-Kommission leider in die falsche Richtung. Der Euro-6 Motor ist selbst heute erst in kleineren Stückzahlen auf der Straße zu finden, die meisten Autos auf der Straße haben immer noch nur Euro-4. Dabei sind nach Aussage des Umweltbundesamtes die neueren Motorgenerationen erheblich umweltfreundlicher als die derzeitige Stromproduktion, die die E-Autos antreiben. Die deutsche Autoindustrie folgt jetzt schon diesem Vorhaben mit dem Stopp von neuen Verbrenner-Autos ab ca. 2030 (allerdings nur in Europa). Dass ein Wandel notwendig ist, ist unstrittig. dass er übers Knie gebrochen wird, ist allerdings unsinnig.

Wir FREIEN WÄHLER erkennen die Bemühungen der für unser Land so wichtigen Autoindustrie an, verlorenes Terrain bei der Entwicklung alternativer Antriebe wieder aufzuholen. Dabei muss es und wird es einen Mix von Antrieben geben: Elektrofahrzeuge ebenso wie Wasserstoffantriebe und Autos, die synthetische Kraftstoffe in herkömmlichen Motoren fahren.

Dabei ist es wichtig, die Vor- und Nachteile auch mit Blick auf die Umweltbelastungen nicht aus

den Augen zu verlieren. Wichtig ist daher auch, dass das umweltschonende Batterierecycling weiter vorangetrieben wird. Beim Wasserstoff und bei synthetischen Kraftstoffen liegen die Herausforderungen heute noch bei den hohen Herstellungskosten.

Während wir die Modernisierung des Autoantriebs als wichtigen Baustein sehen, wenden wir uns aber gegen die Versuche, das Autofahren grundsätzlich in Frage zu stellen. Das Auto muss auch in Zukunft eine wichtige Säule des Individualverkehrs sein. Pauschale Forderungen nach autofreien Innenstädten, nach der Umwandlung von Parkplätzen zu Grünzonen oder die künstliche Erhöhung von Steuern und Gebühren lehnen wir als ideologisch verblendet ab. Das Auto als Massenprodukt bedeutet auch ein Stück soziale Gerechtigkeit und ist eine Errungenschaft der Entwicklung moderner Gesellschaften. Die Stigmatisierung der Autofahrer lehnen wir ab. Autofahren darf für zukünftige Generationen kein Privileg wirtschaftlich besser gestellter Bevölkerungsgruppen sein.

Deshalb befürchten die FREIEN WÄHLER durch übertriebene Erhöhungen des Benzinpreises eine weitere soziale Spaltung der Gesellschaft. Das Auto gehört allen.

Dieses Bekenntnis zum Auto bedeutet nicht einen Verzicht auf den Ausbau der Fahrradwege. Das Fahrrad erobert sich die Städte. Wir und die vielen hundert kommunalen Freien Wähler und Bürgerlisten unterstützen diesen Prozess vor Ort.

Und zu guter Letzt müssen wir auch Ersatzarbeitsplätze finden, denn diese Transformation wird – insbesondere bei den Mittelständlern – rund 70-100.000 Arbeitsplätze vernichten (Ergebnis einer Studie des Fraunhofer IAO). Das können wir in Baden-Württemberg nicht so einfach außer Acht lassen. Daher ist frühzeitig nach Alternativen zu suchen.

Wasserstoff

„Grüner Wasserstoff“, der zu 100 Prozent aus regenerativen Energien erzeugt wird, ist ein starkes Fundament der Energiepolitik der FREIEN WÄHLER. Die von Hubert Aiwanger als Bayerischer Wirtschafts- und Energieminister vorangetriebene Wasserstoffinitiative ist vorbildlich in Deutschland.

Wir befinden uns im Einklang mit der Europäischen Union, die den Anteil des Wasserstoffs an der Energieversorgung in den nächsten 30 Jahren von derzeit 2 Prozent auf 20 bis 50 Prozent beim Energiebedarf im Verkehr und von 5 bis 20 Prozent in der Industrie steigern möchte.

Leider sind die vorliegenden Zahlen der Bundesregierung noch unvollständig.

Sicher ist aber, dass der Bedarf riesig ist. Die Industrie sieht für 2050 einen Bedarf von 643 TWh (Quelle: iwd). Die Regierung vergisst den Löwenanteil und rechnet nur mit 110 TWh. Insofern entspricht die geplante Förderung von 5 GWh = 0,005 TWh etwa 0,03 Promille des Bedarfs. Das entspricht etwa einem Schnapsglas auf 2.500 Litern – sprichwörtlich ein „Tropfen auf dem heißen Stein“.

Die FREIEN WÄHLER wissen, dass dies nur gelingen kann, wenn die Erzeugung von Strom durch erneuerbare Energien massiv vorangetrieben wird. Vor allem wird es erforderlich sein, Ökostrom im Ausland zu produzieren, wo günstigere Voraussetzungen für die Produktion von Wind- oder Solarstrom existieren und zur Herstellung von Wasserstoff bereitstehen. Ähnlich wie beim Öl kann Wasserstoff über Pipelines oder mit Schiffen transportiert werden. Insgesamt zwei Milliarden Euro stehen im Bundeshaushalt für Kooperationen mit dem Ausland zur Verfügung. Ein Pilotprojekt in Marokko droht an diplomatischen Verstrickungen allerdings zu scheitern. Die Bundesregierung muss handeln und ggf. neue Partner finden. Sonst sind die 2 Milliarden € ein Tropfen auf den heißen Stein.

Wie die Wasserstoff-Gipfel von Hubert Aiwanger mit Spitzenvertretern der deutschen Industrie gezeigt haben, ist deren Bereitschaft zur Umstellung groß. Viele Fertigungsanlagen können mit

Wasserstoff betrieben werden, um dadurch die CO²-Emissionen zu einem erheblichen Teil zu reduzieren. Die Forderung der Industrie an die Politik besteht in der Notwendigkeit von Planungssicherheit. Moderne Industrien müssen darauf vertrauen können, dass der notwendige Wasserstoff auch produziert wird oder auf dem Weltmarkt gekauft werden kann.

Für das Europaparlament ebenso wie für die FREIEN WÄHLER hängt der Erfolg einer Wasserstoffstrategie von folgenden Parametern ab:

- Anreize zur Nachfrageförderung und zur Schaffung eines europäischen Wasserstoffmarktes sowie eines schnellen Aufbaus der Wasserstoffinfrastruktur
- Den schrittweisen Ausstieg aus fossilem Wasserstoff, so schnell wie möglich
- Die Prüfung der Möglichkeit, bestehende Gaspipelines für den Transport und die unterirdische Speicherung von Wasserstoff zu verwenden
- Alle Wasserstoffimporte sollen auf die gleiche Weise zertifiziert werden wie in der EU produzierter Wasserstoff, einschließlich Produktion und Transport, um eine Verlagerung von CO²-Emissionen (Carbon Leakage) zu vermeiden.

Wasserstoff ist vor allem mehr noch als im PKW-Sektor für den Schwerlastverkehr von großer Bedeutung, da die Batteriekapazitäten für den Betrieb in LKW nicht geeignet sind.

Windkraft

Die Windkraft ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Energiewende und trägt zur umweltfreundlichen Erzeugung von Strom bei. Doch gerade in Baden-Württemberg ist die Windenergie sehr umstritten. Vielfach wehren sich Bürger – erstaunlicherweise oft diejenigen, die den ökologischen Umbau propagieren - gegen die Aufstellung von Windkraftanlagen in ihrer Umgebung. Nach dem Sankt-Florians-Prinzip werden Investitionen behindert und verhindert. Mit



einer solchen Einstellung wird keine klimafreundliche Energiepolitik im großen Stil möglich sein.

Die FREIEN WÄHLER als kommunal besonders stark verankerte Bürgerbewegung wissen um die Bedeutung, Menschen bei der Umsetzung von Infrastrukturprogrammen frühzeitig und vertrauensbildend mitzunehmen.

Die Antwort der bayerischen FREIEN WÄHLER und ihrer Minister in der schwarz-orangen Regierung ist die Schaffung von „Windkümmerern“. Experten, an die sich Kommunen wenden können, wenn sie Expertise beim Bau von eigenen Windkraftanlagen benötigen. Bürgerinteressen, Ansprüche des Naturschutzes und wirtschaftliche Erfordernisse können so eher in Einklang gebracht werden. Denn es gibt sie, die Kommunen, die Windkrafträder bauen möchten, um den eigenen Strom zu produzieren. Doch Umweltverbände, die eigentlich für Klimaschutz und Energiewende stehen, sind oftmals die ersten, die gegen Windräder klagen.

Auch in Bayern zeigte sich schnell, die „Windkümmerer“ sind heiß begehrt und die von Aiwangers Ministerium bereitgestellten Gelder waren schnell abgerufen. Die Initiative zeigt, Windkraft wird angenommen, auch wenn die Gegner oft lauter sind. Für FREIE WÄHLER darf der Naturschutz nicht zu einer Hürde für den dringend benötigten Windstrom werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, Windenergie wieder stärker zu fördern und die innovative Industrie zu unterstützen. Die weltweite Spitzenstellung in der Windkraft-Technologie ist ein Exportschlager unserer Industrie – leider vernachlässigt in den letzten Jahren.

E-Fuels (synthetische Kraftstoffe)

Jeder weiß, dass Porsche-Sportwagen mittlerweile auch elektrisch fahren. Allerdings gehen die Sportwagenbauer auch einen Schritt weiter. Sie fördern die Produktion von klimafreundlichen E-Fuels, also synthetischen Kraftstoffen: Siemens Energy und Porsche arbeiten mit weiteren Unternehmen an einem ehrgeizigen Ziel in Chile: die weltweit erste integrierte und kommerzielle Großanlage zur Herstellung synthetischer, klimaneutraler Kraftstoffe zu errichten. In der Pilotphasewürden laut Siemens bereits im Jahr 2022 etwa 130.000 Liter E-Fuels erzeugt.

In zwei Schritten soll die Kapazität dann bis 2024 auf rund 55 Millionen Liter E-Fuels und bis 2026 auf rund 550 Millionen Liter E-Fuels jährlich steigen. Das Pilotprojekt in der Provinz Magallanes nutzt die hervorragenden Windbedingungen im Süden Chiles, um mit Hilfe von Windenergie klimaneutralen Kraftstoff zu erzeugen. Im Zuge der nationalen Wasserstoffstrategie Deutschlands wird das Projekt vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie mit etwa acht Millionen Euro gefördert. In einem ersten Schritt ist Porsche mit 20 Millionen am Projekt beteiligt, also dem 2,5-fachen Wert.

Der Ansatz: Erneuerbare Energie wird nicht mehr nur dort produziert, wo sie gebraucht wird, sondern wo natürliche Ressourcen wie Wind und Sonne in großen Mengen vorhanden sind. Es sollen weltweit neue Lieferketten entstehen, um regenerative Energie von einer Region in die andere zu transportieren.

Das Problem bei der Herstellung von E-Fuels liegt im hohen Strombedarf bei der Produktion dieser Kraftstoffe, der um ein Vielfaches höher liegt als bei der direkten Nutzung der elektrischen Energie.

E-Fuels besitzen ein breites Spektrum der Nutzung im Verkehrsbereich. Vor allem die Luftfahrtindustrie wartet auf klimaneutrales Kerosin. Die FREIEN WÄHLER fordern, dass die Zielvorgabe, eine Quote von **zwei Prozent CO₂-freiem Flugbenzin (Einsparung 200.000 Tonnen CO₂ pro Jahr)** bis zum Jahr 2030 zu erreichen, deutlich erhöht wird und dafür auch Fördermittel zur Verfügung gestellt werden.

Denn auch in Zukunft muss das Reisen für möglichst breite gesellschaftliche Schichten erschwinglich sein, denn die Zeiten, in denen sich nur wohlhabendere Bürger ein Flugticket leisten können, sollen aus Sicht der FREIEN WÄHLER nicht wieder kommen.

Außerdem ist der Erhalt der Luftfahrtbranche von großem Interesse, denn sie sichert viele tausend Arbeitsplätze.

Photovoltaik und Speichertechnologie

Photovoltaik-Anlagen (PV) auf dem Dach sind ein hervorragendes Instrument, um Strom ohne CO²-Emissionen zu erzeugen. Ob Politiker, Industrie oder Privatpersonen, kaum ein Sektor der Energieerzeugung kann auf so viel Zustimmung bauen.

Allerdings müssen dafür auch die Rahmenbedingungen stimmen. Der Zwang, bei Neubauten oder Dachsanierungen Photovoltaik-Anlagen zu installieren, ist der falsche Weg. Der Bürger lässt sich ungerne bevormunden, zumal der Bau einer PV-Anlage auf dem Dach je nach Größe Zusatzkosten von mehreren zehntausend Euro verschlingt. Für Besitzer und Mieter wird Wohnen dadurch noch teurer. Die Gängelei der Menschen nimmt ihm die Freude an den eigenen Entscheidungen.

Die FREIEN WÄHLER sind deshalb gegen einen Bau- und Installationszwang.

Schon allein deshalb, da kleinere Anlagen im Moment eher unwirtschaftlich sind, weil lange Amortisationszeiten die Bürger abschrecken. Zwar verbessern Speichersysteme die Energiebilanz, erschweren aber (noch) die Amortisation.

Anreizsysteme sowie massive Förderung zur Installation von PV-Anlagen sind der bessere Weg. Investitionen in den sauberen Strom dürfen sich nicht erst nach 20 Jahren Betrieb amortisieren, insbesondere dann, wenn einzelne Komponenten der Systeme nicht einmal so lange halten. Staatliche Zuschüsse sind besser als jeder Bauzwang.

Die Energiewirtschaft fordert aktuell die Inbetriebnahme von zehn GW pro Jahr als ambitioniertes, aber notwendiges Ziel (Zum Vergleich: Die Bundesregierung geht von einem Zielwert von 45 GW bis 2030 aus, also gerade mal der Hälfte.).



Die stärkere Nutzung der PV-Technik soll sich dabei nicht nur auf den Hauslebauer oder die Dächer von Gewerbeflächen konzentrieren. Der entscheidende Schub kann nur kommen, wenn auf Dächern und Wänden der staatlichen Gebäude PV-Anlagen errichtet werden, wenn landwirtschaftliche Freiflächen genutzt werden oder auch schwimmende Solaranlagen gebaut werden. Ideenreichtum und Innovation werden bisher nicht voll genutzt.

Neben der Installation der PV-Anlagen kommt dem Ausbau von Speicherkapazitäten eine bedeutende Rolle zu. Bayern ist hier Vorreiter. 50 Prozent der in Deutschland im letzten Jahr installierten Speicherkapazität hat der Bayerische Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwangerauf den Weg gebracht. Staatliche Zuschüsse des Freistaates haben diese Entwicklung befördert.

Diesen Weg wollte auch Baden-Württemberg bestreiten. Doch das Förderprogramm wurde mit einer viel zu kleinen Summe konzipiert, wodurch bereits nach wenigen Monaten das Geld verbraucht war und andere interessierte Bauherren ihre Projekte und den Bau von Photovoltaik-Anlagen wieder absagten.

Gas und Öl

Nicht vergessen dürfen wir die Fertigstellung von Nordstream2 mit der für uns lebenswichtigen Versorgung von Erdgas. Erdgas und Heizöl sind nach wie vor der Heizträger Nr.1 in Deutschland. Ab 2026 sollen neue Ölheizungen verboten werden, bis auf wenige Ausnahmen, obwohl der heutige Anteil der ölbefeuerten Heizung bei 43 % liegt.

Die FREIEN WÄHLER sind gegen dieses Zeitlimit. Alternative Heizsysteme können bei Weitem diesen Anteil ab 2026 nicht kompensieren. Zumal die Frage der Abdeckung des Strombedarfs für den Bedarf der Wärmepumpen heute noch nicht geklärt ist.

Es muss der Grundsatz gelten: erst Ersatz schaffen, dann das „Alte“ verschrotten.

Grundsatz der lokalen Energieversorgung

Die FREIEN WÄHLER stehen für eine möglichst dezentrale Energieversorgung. Kommunale Selbstverwaltung kann auch durch lokale Energieerzeugung gestärkt werden. Kommunen, die Windräder errichten möchten oder Biogasanlagen betreiben wollen, sind gezielt zu fördern und zu unterstützen. Wenn die Menschen vor Ort aktiv eingebunden werden können, steigt die Akzeptanz für regenerative Energieerzeugung.

Öffentlicher Personenverkehr und Güterverkehr

Die Bahn, die Straßenbahn, die S-Bahn, der Bus – der Ausbau der Infrastruktur des öffentlichen Personennahverkehrs ist ein Herzensanliegen aller Parteien. Doch die Realität zeigt schnell, dass einkurzfristiger Umstieg auf den öffentlichen Personenverkehr nur schwer möglich ist. Am Leichtesten lassen sich noch Busverbindungen für den ländlichen Raum, der in den vergangenen Jahrzehnten abgehängt worden ist, aufbauen.

Doch je näher der öffentliche Personenverkehr an die urbanen Zentren rückt, desto schwieriger ist es, mehr Menschen zu transportieren. Es fehlt schlicht an der Infrastruktur, die Schienennetze sind bereits jetzt überlastet oder in einem veralteten Zustand, Fahrzeuge fehlen und Straßen- oder U-Bahn-Strecken brauchen Jahre, bis sie betriebsfertig erstellt werden können. Auch Bürgerinitiativen sind immer wieder mit Klagen Hemmnisse auf dem Weg zu mehr Angeboten.

Ob kostenloser ÖPNV, das 365-Euro-Ticket, das wir begrüßen, oder andere Angebote: Damit allein lassen sich derzeit keine grundlegenden Verhaltensänderungen bewirken, weil ein entsprechendes Angebot fehlt.

Zu den Forderungen der FREIEN WÄHLER gehören die Reaktivierung stillgelegter Bahnstecken, die Verbesserung der Bahnhofsinfrastruktur und engere Taktungen der Verkehre in den Abendstunden, insbesondere bei der Anbindung des ländlichen Raumes.

Einen besonderen Stellenwert einer Mobilitätsoffensive muss die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene bekommen. Ein Postulat, das immer wieder verkündet, aber nie eingehalten wird. Der Anteil des Schienengüterverkehrs liegt seit Jahren unverändert beica. 20 Prozent. Die Bahn AG zeigt sich untätig. Im Gegenteil: Die Bahn betreibt mit ihrer Tochter DB Schenker, die zu 100 Prozent in ihrem Besitz ist, ihr eigenes Logistikunternehmen für die Straße, das sehr viel mehr transportiert als nur die Güter vom Bahnhof zum Kunden und zurück.

Pro Tonnenkilometer verursachen Güterzüge 80 Prozent weniger CO² als Lkw. Dies schlägt sich auch in den versteckten Umwelt-, Klima- und Unfallkosten des Verkehrs nieder, den sogenannten externen Kosten: Demnach ist der Eisenbahnverkehr volkswirtschaftlich mehr als doppelt so kosteneffizient wie der Straßenverkehr.

Ökologische Baustoffe

Beton ist ein teurer und ökologisch bedenklicher Baustoff. Die aktuelle Ausgestaltung "Gebäudeeffizienz" ist zu einseitig auf den Energieverbrauch und die Energieproduktion ausgerichtet. Der notwendige Energie- und Ressourcenverbrauch für die Baumaterialien, die Entsorgung und den Bau selbst werden nicht in die Bilanzierung einbezogen. Dies führt unserer Ansicht nach zu einem Trend der Ressourcenvernichtung und der Auswahl klimaschädlicher Baumaterialien.

Holz als Baumaterial müsste dagegen aus Sicht der FREIEN WÄHLER immer bedeutender werden. Bei Gedanken rundum das Thema „Holzbau“ fühlen sich viele Leute in den hohen Norden nach Skandinavien versetzt und sehen vor ihrem inneren Auge viele bunte Schwedenhäuschen aus Holz an idyllischen Fjorden vor sich. Doch „Holzbau“ ist viel mehr als das.

Heute erlebt der Holzbau eine regelrechte Renaissance, vielerorts hält er bereits Einzug in Städte. Der moderne Holzrahmenbau ermöglicht nahezu unbegrenzte Gestaltungsmöglichkeiten, sowohl bei der Gestaltung der Fassaden als auch beim Innenausbau.

Allerdings wird hier massiv das (länderspezifische) Baurecht tangiert. Holzgebäude der Gebäudeklasse 5 (i.d.R. ab 5. Stockwerk) sind allein brandschutztechnisch eine besondere Herausforderung. Hier gibt es aber sehr innovative Lösungen aus Deutschland – vornehmlich aber für das Ausland! Die FREIEN Wähler fordern das Entschlacken von Bauvorschriften.

Es entstehen die unterschiedlichsten Gebäude aus dem nachwachsenden Material – Industriebauten, Museen oder Sporthallen. Dank neu erforschter Technologien und Konstruktionsmethoden und der damit verbundenen Möglichkeit zur Vielfalt, ist Holz zu einem sehr beliebten Baustoff geworden. Vom Klischee kleiner Familienhäuser auf dem Land haben sich Holzbauten längst befreit.

Die FREIEN WÄHLER fordern deshalb eine “Typzulassung” für Fertighäuser aus Holz (Gebäudeklasse 1+2) – ganz ähnlich wie bei Fahrzeugen. Damit wird das Genehmigungsverfahren erheblich erleichtert und vor allem preiswerter.

Die deutschen Forstbetriebe stehen bereit, um den heimischen Markt mit dem nachwachsenden Naturbaustoff zu versorgen. Doch der weltweite Bedarf an Holz führt zu stark steigenden Preisen, die vor allem ausländische Abnehmer zahlen. Holz ist ein Mangelrohstoff geworden. Deshalb ist es wichtig, den heimischen Waldbetrieben zu helfen. Denn die ökologische Bauweise braucht das nachwachsende Material.

Neben Holz sind auch weitere natürliche Baustoffe ideal. Lehmbausteine oder Lehmplatten für den Trockenbau unterstützen z.B. das ökologische Bauen.

Gegen die Selbstherrlichkeit der Klimaschutzaktivisten

„Fridays for Future“ oder “Extinction Rebellion” schreiben sich auf die Fahnen, den Klimaschutz zu fördern und die Energiewende voranzutreiben – oftmals auch mit Mitteln, mit denen andere Bürger genötigt und in ihrer Freiheit eingeschränkt werden. Das ist nicht unser Weg, und wir fordern gegen solche Aktionen staatlicherseits konsequent vorzugehen. Das Abseilen von Brücken oder das Besetzen von Wäldern entsprechen nicht dem demokratischen Diskurs.

Doch den Organisationen geht es weit mehr als nur den Klimaschutz. Sie wenden sich gegen den modernen Lebensstil, wollen den Menschen vorschreiben, wie sie sich fortbewegen sollen. Es geht ihnen nicht nur darum, den CO²-Ausstoß zu verringern. Ihre Hauptforderung: Die Städte sollen autofrei werden, indem man den Autofahrer drangsaliert, die Parkplätze vernichtet und Parkgebühren ins Unermessliche treibt. Ihr Feind ist der Autofahrer.

Die Revolution in den Innenstädten ist ein Programm für den wohlhabenden Teil der Bevölkerung, der sich den urbanen Lebensstil leisten kann. Dies ist kein Wunder, denn die Klimaaktivisten rekrutieren sich zu einem großen Teil aus sozial besser gestellten Schichten. Jene Gruppe von Bürgern, die sich Umweltschutz leisten kann. Mit Abneigung bestrafen sie oftmals jene, die auf's Land flüchten, um sich dort den Traum vom Eigenheim verwirklichen zu können, der ihnen in den Städten verwehrt bleibt. Dieser Einstellung und dieser Entwicklung treten wir entgegen. Umweltschutz muss allen gesellschaftlichen Gruppen die gleichen Chancen bieten.

Klimaschutz ist sehr wichtig, aber eben nicht alles

Das Thema „Klimaschutz“ ist nun einmal etwas komplexer als nur „Autos abschaffen“ bzw. „autofreie Städte“. Es ist nicht der „Autofahrer“ der Alleinschuldige, das ist einfachstes Schubladen-Denken. Letztlich sind es zwei zentrale Fragen:

Wie/wo kann Energie eingespart werden? Und wie/wo kann umweltfreundlich Energie hergestellt werden?

Alle Bereiche müssen überprüft werden auf:

- Wo und wie kann Energie gespart werden: alle Industrien, Lebens- und Arbeitsbereiche. Dabei bitte keine „heiligen Kühe“ außen vorlassen.
- Welche Maßnahmen sind „dringend, weit effektiv“. Kaum wirksame Maßnahmen lohnen

schlicht nicht und dürfen keineswegs noch gefördert werden.

- Mit welcher Investition kann *schnell* welche Verbesserung erreicht werden. Rangliste erstellen und schlicht abarbeiten
- Befreiungen von der EEG-Umlage sofort beenden: es darf nicht sein, dass Großverbraucher hiermit derart subventioniert werden, dass sich nicht einmal die Umstellung auf LED-Licht rechnet.
- Innovative Konzepte suchen: z.B. „Technologiezentren“ wie dezentrale Bürogebäude, in denen Mitarbeiter mehrerer Firmen arbeiten statt im Home-Office am Küchentisch.
- In der ökologischen Energieproduktion müssen die ideologischen Barrieren überwunden werden. Energiespeichern wird ein zentrales Thema, da „Wechselstrom“ *technisch* eben nicht gespeichert kann, sondern zum richtigen Zeitpunkt produziert werden muss. Alle Speichermedien müssen betrachtet werden (Wasserstoff, E-Fuels, Batterien, etc.)

Das Problem des Klimaschutzes muss in der gesamten Gesellschaft ohne jegliche ideologische Vorurteile angegangen werden. Aktiv, aber in einem verträglichen Maße für alle Gesellschaftsschichten und die Wirtschaft mit den damit verbundenen Arbeitsplätzen.

Auch in der Übergangszeit müssen wir von irgendetwas leben können.

Auf Antrag der Landesmitgliederversammlung vom 3. Juli 2021 vom Landesvorstand am 21. Juli 2021 beschlossen

Fotonachweis:

Windkraft: Bild von Boke9a auf Pixabay

Photovoltaik: Bild von Solarimo auf Pixabay

* * *